

krise wichtiger Industriezweige) und weitere Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen (Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Reallohnsenkung, —» *neue Armut*) werden zu ständigen Merkmalen des staatsmonopolistischen Systems. Die herrschenden Kreise sind bemüht, den wachsenden Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen einzudämmen. Es hat ein Generalangriff eingesetzt gegen Grundprinzipien des BRD-Grundgesetzes, gegen traditionelle Arbeiterrechte und Bürgerfreiheiten, die das werktätige Volk nach der Befreiung vom Faschismus erringen konnte. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der BRD ist die —» *Deutsche Kommunistische Partei*. In den 80er Jahren ist die Friedensbewegung der BRD zu einem festen Bestandteil des politischen Spektrums im Lande geworden. SPD, DGB und »Grüne« verknüpfen - wenn auch unterschiedlich - die tiefe Friedenssehnsucht des Volkes mit der Sicherung seiner sozialen Belange und den nationalen Interessen. Die BRD hat sich zu einer imperialistischen Hauptmacht entwickelt. Ökonomisch nimmt sie hinter den USA und Japan den dritten Platz in der Rangliste der imperialistischen Länder ein. Als stärkste konventionelle westeuropäische Militärmacht und als Hauptverbündeter der USA in Europa hat sie Schlüsselstellungen in der NATO inne und übt maßgeblichen Einfluß auf die Strategie dieses aggressiven Militärbündnisses aus. Der Imperialismus der BRD setzt sein ökonomisches und militärisches Potential zur Durchsetzung seiner Interessen sowohl innerhalb des imperialistischen Kräfte Dreiecks USA-Japan-Westeuropa als auch gegenüber den Entwicklungsländern (—* *Neokolonialismus*) und in seinen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern ein. Für die BRD ist das Verhältnis

zu den USA sicherheitspolitisch und weltwirtschaftlich am wichtigsten. Sie ist sehr eng ökonomisch, politisch und militärisch mit den USA verflochten, es besteht eine strategische Abhängigkeit von den USA. Der Macht des Monopolkapitals in der BRD ist das Streben nach Beseitigung des Sozialismus in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern Europas immanent (—■> *Antikommunismus*, —* *ideologische Diversion*). Mit dem Übergang zu den 70er Jahren kamen realistischer denkende Kräfte unter den herrschenden Kreisen der BRD zu der Einsicht, daß die auf Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, auf das »Zurückrollen« des Sozialismus gerichtete Nachkriegsstrategie des deutschen Imperialismus gescheitert war. Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und die Friedensoffensive der sozialistischen Staatengemeinschaft zwangen sie zur Anerkennung der Prinzipien der —» *friedlichen Koexistenz*. Das war zugleich ein wichtiger Erfolg der friedliebenden Kräfte der BRD. Realistischere Züge in der Außenpolitik der BRD fanden im Abschluß der Verträge der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten mit der BRD sowie in der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz von Helsinki ihren Niederschlag. Die seit Oktober 1982 regierende CDU/CSU-FDP-Koalition erkannte das europäische Vertragswerk an und bekundete das Interesse der BRD an weiteren Verhandlungen und am Ausbau der Beziehungen bei gleichzeitiger Bekräftigung nationalistischer und revanchistischer Forderungen. Von weitreichender Bedeutung ist die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR vom 12.3. 1985, in der erstmals auf dieser Ebene bekräftigt wurde, »daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und